



Informationen Ihres Europaabgeordneten

Dr. Christian Ehler, CDU/EVP

Liebe Brandenburgerinnen, liebe Brandenburger,

Ich wünsche Ihnen ein frohes und gesegnetes neues Jahr. Um Sie auch weiterhin über aktuelle Weichenstellungen und Geschehnisse aus der europäischen Hauptstadt zu informieren, übersende ich Ihnen meine Europamail.

In dieser Ausgabe möchte ich Sie zu den wichtigsten europapolitischen Themen der Monate Dezember und Januar informieren:

- 1. Die ungarische Ratspräsidentschaft seit dem 1. Januar 2011**
- 2. Estlands Beitritt zum Euroraum**
- 3. Aktionsplan für mehr Energieeffizienz**
- 4. Von Brandenburg nach Bergen und Bologna - Das neue transeuropäische Bahnnetz**
- 5. Erweiterung der Arbeitnehmerfreizügigkeit im Jahre 2011**

Ich hoffe, dass wir auch weiterhin unseren Dialog über die Europapolitik fortsetzen können!
Mit den besten Wünschen für ein erfolgreiches Jahr 2011,

Ihr

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 12 E 205

B-1047 Bruxelles
Tel.: +32 228 45325
Fax: +32 228 49325

E-mail: christian.ehler@europarl.europa.eu

Europäisches Parlament
Allée du Printemps
Bât Louise Weiss T 10007

F-67070 Strasbourg
Tel.: +33 3881 75325
Fax: +33 3881 79325

Europabüro/CDU Brandenburg
Gregor Mendel Strasse 3

D-14469 Potsdam
Tel.: +49 331 200 85 720
Fax: +49 331 200 85 719

E-mail: info@christian-ehler.de

1. Die ungarische Ratspräsidentschaft seit dem 1. Januar 2011



Am 1. Januar 2011 hat Ungarn die Europäische Ratspräsidentschaft für die kommenden sechs Monate übernommen. Damit haben die jeweiligen Minister des Kabinetts von Ungarns Premierminister Viktor Orbán den Vorsitz in den wechselnden Konstellationen des europäischen Ministerrates inne. Da die Vorsitzenden seit dem Vertrag von Lissabon durch einen ständigen Ratspräsidenten administrativ unterstützt werden - derzeit bekleidet Herman von Rompuy für zweieinhalb Jahre dieses Amt - können sich die Ungarn ganz auf ihre

politische Agenda konzentrieren, die für das nächste halbe Jahr einige wichtige Aufgaben bereit hält.

Eine erste Bewährungsprobe für Ungarns Vermittlerfähigkeiten wird das neu eingeführte "Europäische Semester" sein. Die Mitgliedstaaten müssen ihre haushalts- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen Anfang 2011 erstmals nach Brüssel melden. Dann gibt der Europäische Rat Empfehlungen zur Haushaltspolitik ab und könnte Reformen einfordern. Ziel des neuen Verfahrens ist es vor allem, die europäische Wirtschaft nach der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise wieder auf Kurs zu bringen.

Anfang Februar wird unter ungarischer Leitung der erste EU-Sondergipfel zur Energiepolitik stattfinden. Im Anschluss daran wollen die Energieminister einen Aktionsplan zur Energieeffizienz beschließen (s.u.). Ungarn will vor allem die Abhängigkeit von Energieimporten thematisieren, besonders vom russischen Erdgas. "Wir müssen alles daran setzen, diese Energieabhängigkeit zu verringern, was bedeutet, dass wir eine Diversifizierung unserer Energiequellen und der Brennstoff-Transportwege erreichen müssen", so Premier Orbán.

Unter Ungarns Führung soll auch die sogenannte Donaustrategie beschlossen werden. Der Vorschlag der Kommission sieht vor, das Wirtschaftswachstum und den Umweltschutz im Donauroum gezielt zu stärken. So sollen Zugverbindungen zwischen den Großstädten der Region modernisiert und der Güterverkehr ausgebaut werden. Zudem macht sich Ungarn besonders für die gemeinsame Dürrebekämpfung und den Hochwasserschutz stark.

Weitere Schwerpunkte in den kommenden Monaten werden der geplante EU-Beitritt Kroatiens und der Beschluss einer europäischen Strategie für die Roma sein, für die Ungarns Staatssekretär für Minderheitenrechte und Integrationsfragen Zoltán Balog spezielle Programme bei der Armutsbekämpfung fordert. Zudem wird Ungarn die Ratsentscheidungen zum künftigen EU-Haushalt und insbesondere zu den Hilfen für die Landwirtschaft (GAP) vorbereiten, über die in der zweiten Jahreshälfte 2011 diskutiert werden soll.

<http://www.euractiv.com/de/prioritaten/die-ungarische-eu-ratspraesidentschaft-linksdossier-500826>

2. Estlands Beitritt zum Euroraum



Zum 1. Januar 2011 ist Estland als 17. Mitgliedstaat dem Euroraum beigetreten. Die Umstellung von der estländischen Krone zum Euro verlief reibungslos und planmäßig. In Zeiten, in denen der Euro unter Druck geraten ist, handelt es sich bei dem Beitritt Estlands zum Euroraum um ein positives politisches Zeichen, für eine starke Währung in einer starken EU.

<http://www.eu-direct.info/aktuelles-3/estland-wird-17.-mitglied-in-der-euro-zone-699.html>

3. Aktionsplan für mehr Energieeffizienz



Der Sanierung von Gebäuden zur Steigerung ihrer Energieeffizienz soll bei der Überarbeitung des EU-Aktionsplans für Energieeffizienz Priorität eingeräumt werden. Hierfür stimmten die Abgeordneten des Europäischen Parlaments in einer Entschließung vom 15. Dezember 2010. Weitere Vorschläge betreffen die ordnungsgemäße Umsetzung bestehender Gesetzgebung sowie die Vorbildfunktion des öffentlichen Sektors. Die Parlamentarier stimmten überdies für die Einführung eines bindenden Ziels der Energieeffizienz, die sich bis 2020 um

mindestens 20 % erhöhen soll.

Die von Bendt BENDTSEN (EVP, Dänemark) vorgelegte Entschließung enthält eine Reihe wichtiger Ziele, die in der bevorstehenden Überarbeitung des EU-Aktionsplans für Energieeffizienz (APEE) enthalten sein sollten.

Da rund 40 % des Energieverbrauchs und 36 % der Treibhausgasemissionen der EU auf Gebäude zurückzuführen sind, raten die Parlamentarier dringend zur energiebezogenen Modernisierung bestehender Gebäude. Die Abgeordneten fordern innovative Lösungen, um bestehende Investitionshürden zu beseitigen, darunter die Bereitstellung finanzieller Anreize auf regionaler, nationaler und gesamteuropäischer Ebene, etwa bewährte Pay-as-you-save-Mechanismen. In der Entschließung forderten die Abgeordneten die Kommission zudem auf, im Rahmen der künftigen Innovationsstrategie neue Initiativen zu fördern.

Auch setzt sich das Parlament dafür ein, dass die Richtlinie zur umweltgerechten Gestaltung und die Richtlinie über die Angabe des Energieverbrauchs zügig und ordnungsgemäß durchgesetzt werden. Die Kommission wurde aufgefordert, im Rahmen der überarbeiteten Fassung des Aktionsplans für Energieeffizienz eine Auswertung der Umsetzung der geltenden Rechtsvorschriften vorzulegen. Ausgehend vom Ergebnis dieser Evaluierung sind Maßnahmen vorzulegen. Dazu zählen individuelle Zielvorgaben einer Steigerung der Energieeffizienz um mindestens 20 % im EU-Schnitt bis 2020, wobei den spezifischen Gegebenheiten der Mitgliedstaaten Rechnung getragen werden muss.

http://europa.eu/legislation_summaries/energy/energy_efficiency/l27064_de.htm

4. Von Brandenburg nach Bergen und Bologna - Das neue transeuropäische Bahnnetz

Bis 2020 will die Europäische Union einen gemeinschaftlichen transeuropäischen Verkehrsraum (TEN) schaffen, in dem nicht nur der Güterverkehr besser abgewickelt werden kann, sondern auch die europäischen Bürger schneller, einfacher und sicherer innerhalb Europas reisen können. Dazu sollen 75.200 km Straße, 78.000 km Schienenstrecke, 330 Flughäfen, 270 internationale Seehäfen und 210 Binnenhäfen erneuert und ausgebaut werden.



Die Erweiterung des Bahnnetzes stellt einen wichtigen Teil im Gesamtprogramm zum Ausbau des transeuropäischen Verkehrsnetzes dar. Ein Projekt, das begonnen worden ist und bis zum Jahre 2020 abgeschlossen sein soll, ist die Güter- und Personenverkehrsbahnstrecke von Berlin/Brandenburg in Richtung Süden über Verona, Neapel, Mailand bis nach Bologna und in Richtung Norden zu den skandinavischen Ländern. Ob eine Bahnstrecke gefördert wird, hängt dabei von bestimmten Auswahlkriterien ab: Besondere Berücksichtigung erfahren etwa die transeuropäischen Hauptachsen in Nord-Süd- bzw. Ost-West-Richtung. Auch erhalten überlastete Strecken oder solche, deren Ausbau verhältnismäßig kostenintensiv ist, Vorrang in der Förderung.

Durch den Ausbau des europäischen Bahnnetzes wird eine nachhaltige Verkehrsentwicklung in Europa gewährleistet, wobei europaweite Sicherheitsstandards gefördert und verkehrsbedingte Umweltbelastungen reduziert werden sollen. Zudem sollen die unterschiedlichen nationalen Bahnnetze kompatibler werden - eine beachtliche technologische Herausforderung, die vor allem die Grenzgebiete wie die Region Brandenburg/Polen betrifft und dort Arbeitsplätze in der Technologieentwicklungsbranche und im produzierenden Gewerbe schafft. Ziel ist es, mit einer besseren Konnektivität das Umladen im Güterverkehr sowie das Umsteigen im Personenverkehr zu reduzieren, und das europäische Schienennetz insgesamt wirtschaftlicher, sicherer und umweltschonender zu gestalten.

http://ec.europa.eu/ten/index_en.html

5. Erweiterung der Arbeitnehmerfreizügigkeit im Jahre 2011



Für Saisonarbeiter aus den sogenannten EU-8-Staaten Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn ist zum 1. Januar 2011 die Arbeitserlaubnispflicht für eine Beschäftigung als Saisonarbeitnehmer entfallen. Nun können deutsche Arbeitgeber ausländische Arbeitnehmer aus diesen Staaten bis zu sechs Monate im Jahr in der Land- und Forstwirtschaft, dem Obst und Gemüseanbau und im Hotel- und Gaststättengewerbe beschäftigen.

Ab dem 1. Mai 2011 gilt dann auch für die übrigen Arbeitnehmer aus allen osteuropäischen EU-Mitgliedländern (außer Bulgarien und Rumänien) die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit. Das heißt, sie können ohne arbeitserlaubnisrechtliche Beschränkungen jede Art von Beschäftigung in allen Wirtschaftsbereichen in Deutschland aufnehmen. Durch die europaweite Arbeitnehmerfreizügigkeit soll vorhandenes wirtschaftliches Potential besser ausgeschöpft werden.

Wie man diesen Umgestaltungsprozess steuern und sinnvoll nutzen kann, wird im Land Brandenburg vorgemacht. Hier wird aufgrund der neuen Bestimmungen mit einer verstärkten Arbeitsmigration aus dem angrenzenden Polen gerechnet. Um auf diese Veränderungen angemessen reagieren zu können, haben Brandenburg und die polnische Woiwodschaft Lubuskie eine gemeinsame Arbeitsgruppe gebildet. Diese arbeitet unter dem Ziel des Zusammenwachsens der polnisch-deutschen Grenzregion. Man will ein Programm entwickeln, das den gemeinsamen Arbeitsmarkt stärkt und in stabile Bahnen lenkt. Negative Auswirkungen wie Lohndumping oder Einwanderung in die Sozialsysteme von Deutschland und Polen sollen vermieden werden. Vorgesehen ist eine effektive Steuerung der Arbeitsmigration, indem auf beiden Arbeitsmärkten gezielt neue Stellen geschaffen werden sollen.

<http://www.euractiv.de/unternehmen-und-arbeit-000315/artikel/neue-regeln-fr-auslandische-saisonarbeiter-004165>